

Danziger



Zeitung.

Nr. 18854.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelappten gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Die wirthschaftliche Bedeutung des Terminhandels.

Die jüngsten Bewegungen der Getreidepreise an der Berliner Börse haben zu erneuten Erörterungen über den Waarenterminhandel im allgemeinen angeregt. Man dürfte wohl glauben, daß die ausgiebige öffentliche Discussion, welche über die Frage im Laufe der letzten Jahre stattgefunden, das Verständniß für die wirthschaftliche Bedeutung des Terminhandels und für die Nothwendigkeit, demselben freie Bewegung zu lassen, in weiteren Kreisen verbreitet hätte. Insbesondere die sachkundigen Gutachten, welche vor drei Jahren, als die f. Z. viel besprochene Kaffeeschwänze in Hamburg eine Enquete veranlaßt hatte, von einer Reihe deutscher Handelskammern erstattet und veröffentlicht worden sind, haben in reichem Maße Gelegenheit zur Belehrung gegeben. Auch die Folgen, welche das Einschreiten des Handelsministers Fürsten Bismarck gegen die Gewichtsfehlungen an den deutschen Getreidebörsen nach sich zieht, sprechen durchaus nicht für den Nutzen einer behördlichen Intervention; hält es doch in diesem Jahre schwer, Waare von dem höheren Gewicht zu liefern und hat doch gerade dieser Umstand die speculative Preissteigerung erleichtert.

Nichtsdestoweniger wird jetzt von einem Blatte, welches sonst nachdrücklich die Grundsätze wirthschaftlicher Freiheit vertritt, unter besonderem Hinweis auf die öffentliche Meinung, die Ansicht ausgesprochen, daß man den Ausschreitungen des Terminhandels in Waaren nicht länger ruhig zusehen dürfe und deshalb in Erwägung ziehen müsse, ob die Gesetzgebung nicht, diejenigen verwerflichen und strafwürdigen Ausschreitungen zu unterdrücken vermöge, welche unter dem Namen Corner oder Schwänze verstanden werden. Die „Schwänze“ wird hierbei mit der gemeinschaftlichen Thätigkeit der rheinisch-westfälischen Kohlenringe und ähnlicher Cartelle auf eine Linie gestellt. Das ist indessen eine unrichtige Charakteristik derselben. Bei Ringen und Cartellen von Producenten ist es stets auf die Herstellung einer lang dauernden künstlichen Preissteigerung abgesehen, und es wird dabei bewußt angestrebt, die ganze Last der Vertheuerung auf Gerechtigkeit und Verbrauch zu wälzen. Der riesige Kupferberg vor drei Jahren hat einen schlagenden Beweis geliefert, in welcher Ausdehnung und auf welche Zeitdauer dadurch der Consum schwer geschädigt werden kann. Die „Schwänze“ ist dagegen ihrer Natur nach eine sich schnell abwickelnde Speculationskrisis, die in ihren Wirkungen meist auf einen Ort beschränkt ist; die dabei erzielten Gewinne werden nicht oder doch nur zum kleinsten Theil auf Kosten des Consums, sondern auf Kosten der unterliegenden Speculantenpartei gemacht. Daher kommt es denn auch, daß die allgemeine Preisbewegung im Consumgeschäft in der Regel von einer „Schwänze“ kaum berührt wird; die Kaffeeschwänze in Hamburg hat die Detailpreise für Kaffee durchaus nicht in die Höhe getrieben. Auch der Umstand, daß es sich dabei stets um eine bestimmte Qualität, die Preisierungsqualität, handelt, ist dabei von Einfluß. Niemand wird Schwänzen, dessen Vorkommen unter allen Umständen als ein Mißstand anzusehen ist, als gute

und wünschenswerthe Börsenoperation ansehen, aber die daraus hervorgehenden wirthschaftlichen Nachteile sind fast stets beschränkt, es sei denn, daß die Schwänze sich auf einen Ring von Producenten stützen kann.

Auf der anderen Seite sind die wirthschaftlichen Vortheile des Terminhandels für alle Theilhaber, für Production und Consum, so erheblich, daß auch diejenigen, welche die Beseitigung des Mißstandes lebhaft wünschen, sich doch vor Maßregeln hüten müssen, welche das Termingeschäft lahm legen würden. Ein glücklicher Zufall hat es gefügt, daß vor kurzem von einer Seite, welche die freie Concurrenz im wirthschaftlichen Leben sonst durchaus nicht mit günstigen Augen anzusehen pflegt, eine wissenschaftliche Rechtfertigung des Terminhandels ausgegangen ist. Ein Vertreter der akademischen Nationalökonomie, Professor R. J. Fuchs in Greifswald, hat in Professor Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung etc. eine Abhandlung über den Gegenstand veröffentlicht, welche neuerdings unter dem Titel „Der Waaren-Terminhandel, seine Technik und volkswirthschaftliche Bedeutung“ auch in einer Sonderausgabe erschienen ist. Die Schrift ist durch die Massenpetitionen gegen den Terminhandel, mit denen sich der Reichstag demnächst zu beschäftigen haben wird, veranlaßt worden; der Verfasser bemerkt darüber selbst: „Durch diesen Appell an die öffentliche Meinung ist die Entscheidung über eine Lebensfrage des modernen Handels in Kreise getragen worden, welche — und man kann dazu ruhig auch einen Theil des binnenländischen Handelsstandes selbst rechnen — keine klare Vorstellung von der Natur des Waarenterminhandels oder doch wenigstens keine genauere Kenntniß der ziemlich complicirten Technik desselben besitzen und somit zu einem Urtheil fähig nicht befähigt sind, und es besteht daher die Gefahr, daß gegen jene wichtige Handelsform der wesentlich auf Unkenntniß beruhende Sturm der öffentlichen Meinung erregt und die Regierung zu Schritten gebrängt wird, welche die Interessen des Handels und damit auch der Nation schwer schädigen würden.“ Professor Fuchs bespricht nun eingehend Natur und Technik des Waarenterminhandels und prüft auf dieser Grundtabelle und umfassen die wirthschaftliche Bedeutung desselben. Mit Recht schildert er den Terminhandel als die letzte Stufe einer planmäßigen geschichtlichen Entwicklung, welche einem doppelten Ziele zustrebt, fortgesetzter Abkürzung zwischen Production und Absatz einer Waare und allmählicher Umwandlung des individuellen Waarenverkaufs in einen generellen. Erst im Terminhandel gelangt demnach die Aufgabe des Handels zur vollkommenen Erfüllung; sein Werth liegt in der durch ihn bewirkten zunehmenden Ausgleichung und Nivelirung der Preise dem Orte nach zwischen Gegenwart und Zukunft. Professor Fuchs hat auch an dem gegenwärtig bestehenden Terminhandel manches zu tabeln; er empfiehlt die Beseitigung der Ausschüßel, zu denen er speciell die „Schwänze“ rechnet, und die Aenderung einzelner Einrichtungen. Das Verlangen, durch Regierung oder Gesetzgebung diese Fragen zu regeln, bekämpft er aber entschieden, er will die Reformen aus

dem Handelsstande selbst heraus und ist überzeugt, daß dieser sie auch durchführen wird, wenn man ihm freie Hand läßt. Man breche doch in Deutschland mit jener verhängnißvollen, aus den Zeiten unserer tiefsten Erniedrigung stammenden Mißachtung des Handelsstandes, die in bürokratischen, militärischen und agrarischen Kreisen so weit verbreitet ist, man schüttele das unwürdige Vorurtheil ab, als ob jeder Handelsbetreibende mehr oder weniger ein Betrüger, mit einem Worte, man gebe dem Handelsstande die Achtung, die er in England genießt, und er wird sie verdienen! Dies ist der beste Weg, auch die heutigen Schäden des Waaren-Terminhandels mit Erfolg zu bekämpfen.

Wenn ein Professor aus Schmollers Schule durch eine solche sachkundige und unparteiische Würdigung die öffentliche Meinung über die Bedeutung des Terminhandels und die wünschenswerthen Reformen aufzuklären sucht, so sollten doch die grundsätzlichen Freunde der wirthschaftlichen Freiheit am allerwenigsten, unter Berufung auf die unaufgeklärte öffentliche Meinung, zur Abhilfe nach Regierung und Zwangsgesetzgebung rufen.

Deutschland.

Berlin, 16. April. Der Kaiser wird mit seiner Familie im Mai nach dem Neuen Palais übersiedeln und dort, wie man Berliner Blättern aus Potsdam meldet, für zwei Jahre fortdauernd (was wir wohl einigermassen bezweifeln dürfen, D. R.) Wohnung nehmen. Diese Uebersiedelung wird durch den Umbau des Berliner Stadtschlosses resp. des Weissen Saales, welcher in diesem Jahre in Angriff genommen werden soll, veranlaßt. Im Neuen Palais wird deshalb alles für einen Winteraufenthalt der kaiserlichen Familie eingerichtet. Die Gemächer des Kaiserpaars sind bereits bezugsfertig, aber die Umbauten des nach Wildpark zu gelegenen Flügels des Neuen Palais, der namentlich Fremdenzimmer enthält, sind in Folge des strengen Winters noch zurückgeblieben, namentlich sind die Heizvorrichtungen noch nicht vollendet, so daß die Uebersiedelung des kaiserlichen Hoflagers kaum am 1. Mai, wie ursprünglich in Aussicht genommen, stattfinden kann. Auch im Neuen Drangeriegebäude, wofür der Ober-Hof- und Hausmarschall Graf v. Culenburg Wohnung nehmen wird, ist man noch in voller Bauthätigkeit begriffen. In der Umgebung des Neuen Palais werden ferner ganz umfassende Entwässerungs- und Befestigungsarbeiten vorgenommen.

[Bebel über die Maifeier.] Der Correspondent des „Daily News“ hat Herrn Bebel über die Maifeier interviewt. Bebel bedauert, daß öffentliche Auszüge in Deutschland der Genehmigung bedürften, da solche sonst in der Stärke von 300 000 Mann stattfinden würden. Weiter sei gesagt worden: Internationale wie nationale Strikes seien unsinnig, da die Arbeiter keine Fonds hätten. Die deutsche Socialdemokratie verlange vorläufig nur Versammlungsfreiheit, gesetzliche Fixirung des 10stündigen Arbeitstages und Pressefreiheit.

[Nachbildung der olympischen Spiele.] Unter der Protection des Kaisers soll — so wird der „Saale-Zeitung“ aus Berlin geschrieben — in der Nähe von Schildhorn durch eine Gesellschaft ein großartiges, im

antiken Stile gehaltenes Vergnügungsinstitut entstehen, wo in bestimmten Zeiträumen eine Nachbildung der olympischen Spiele stattfinden soll! Das Etablissement soll nebst einer monumentalen Arena im herrlichsten griechischen Villenstile gebaut werden. Wer die theilhaftigen Capitalisten eigentlich sind und wann das Project zur Ausführung gelangen soll, darüber fehlen noch zuverlässige Anhaltspunkte. Unzweifelhaft wird dafür an höchster Stelle das lebhafteste Interesse bezeugt. Die zum Bau erforderlichen Terrains sind bereits aufgekauft. Neben den olympischen Spielen werden auch großartige Regatten geplant. Die Bauzeichnungen werden auf Grund archäologischer Fingerzeige, welche ein bekannter deutscher Archäologe in Athen fertigte, von zwei namhaften Berliner Architekten entworfen werden. Der Berliner Correspondent der „Saale-Ztg.“ ist bekanntlich, bemerkt dazu die „Volksztg.“, mit einer sehr lebhaften Phantasie ausgestattet, der er gern die Fingel schiefen läßt.

[Proteste gegen den Centralverein deutscher Industrieller.] Nachdem bereits eine Reihe industrieller Vereinigungen, wie der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, der deutsche Brauerbund, der Verein der deutschen Tabakfabrikanten u. a. gegen die von dem Centralverband deutscher Industrieller veröffentlichte Erklärung, daß die deutsche Industrie lieber auf den Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages zu verzichten, als in eine Herabsetzung der landwirthschaftlichen Bölle zu willigen geneigt sei, entschieden Protest eingelegt haben, hat nunmehr auch der Vorstand des Vereins Berliner Groß-Destillateure an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in welcher er derselben für die Bemühungen um das Zustandekommen des Handelsvertrages dankt und seiner Mißbilligung über das Vorgehen des zur Vertretung der deutschen Industrie in keiner Weise berufenen Centralverbandes Ausdruck giebt.

[Zählung der Franzosen in Deutschland.] Auf Ersuchen der französischen Regierung hat die deutsche Regierung sämtliche Ortsbehörden angewiesen, Zahl, Geschlecht, Alter, Lebensstellung u. s. w. sämtlicher französischer Untertanen festzustellen, welche sich am 12. d. M., an welchem in Frankreich die Volkszählung stattfand, in Deutschland aufhielten.

[Kosten zur Durchführung der Alters- und Invaliditätsversicherung.] Welche Umschwenkungen zur Durchführung der Alters- und Invaliditätsversicherung erforderlich sein werden, ist schon bei Berathung des Gesetzes im Parlament und in der Presse wiederholt dargelegt worden. Ein ganz bedeutender Geldaufwand wird sich, wie sich jetzt schon herausstellt, in Folge der Beschaffung eigener Geschäftshäuser für die einzelnen Versicherungsanstalten nöthig machen. Fast jede der im deutschen Reich vorhandenen 31 Anstalten hat sich bereits in die Nothwendigkeit versetzt gesehen, entweder durch umfassende Umbauten schon vorhandener Geschäftshäuser oder durch den Ankauf solcher oder durch Neubauten sich die Möglichkeit zu sichern, die in kaum geahntem Umfange sich entwickelnden Geschäfte ordnungsgemäß und mit der Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt zu erledigen, welche die Vertretung und Verwaltung der bedeutenden, die weitesten Kreise der Bevölkerung berührenden Vermögensinteressen erfordert. Besondere Schwierigkeiten bietet schon die feuer- und diebstahlresistente Aufbewahrung der Quittungskarten. Welche Räume allein zu diesem Zwecke

Die Tugendhaften.

(Nachdruck verboten.)

Von Elisa v. Drjeszko.

(Fortsetzung.)

13. Kapitel.

Frau Joanna Staromolska saß in einem antiken Fauteuil in ihrem Cabinet, ihr gegenüber Herr Edward Garzinski. Sie blickte traurig, er glücklich drein.

„So ist es, merke Frau!“ sprach er, die Unterhaltung wieder aufnehmend, „ich begreife wohl, daß Ihr edles Herz sich betrübt, wenn Sie Dinge hören, die des Menschen unwürdig sind. Was mich betrifft, hat mich die Erzählung von Frau Apollonia Rumianska gar nicht gewundert. Ueber Apollonia Ruderska hatte ich mir längst ein Urtheil gebildet, obgleich ich die Einzelheiten ihres häuslichen Lebens, welches sie übrigens mit erstaunlicher Geschicklichkeit zu verbergen wußte, gar nicht kannte.“

„Auch ich“, unterbrach ihn Frau Joanna, „hatte niemals eine gute Meinung von diesem Weibe. Ich ertrug ihre Gesellschaft nur, weil sie sich mir aufdrängte. Aber ihr häusliches Leben hat sie in der That gut zu verbergen gewußt. Weil sie sich als nicht besonders bemittelt hinstellte, brauchte sie niemanden einzuladen, wurde aber als fromme, tugendhafte Frau selbst überall aufgenommen. Und mit Recht. Sie wußte das Decorum ganz vorzüglich zu wahren. Und da hören wir plötzlich so scheußliche Dinge von ihr!“

„Ja wohl, scheußlich sind sie!“ bemerkte Edward. „Als Frau Stasia Rumianski mir gestern von ihrem traurigen Besuche im Hause Apollonias erzählte, erinnerte ich mich des Mannes dieser Frau, als er noch jung war. Er war ein sehr geachteter, geistig begabter und beliebter Mann, aber von schwachem Charakter. Er liebte ein stilles, häusliches Leben. Für das Schicksal solcher Leute ist das Weib entscheidend, mit welchem sie sich verbinden. Während ein starker Charakter dem häuslichen Ungemach widersteht, ja, demselben trotzend sich zum Mann härtet, muß der Schwache unterliegen, verliert das Streben nach dem Guten, verdrummt oder fällt schlechten Leidenschaften anheim. Als der gute Ruderski schließlich nur Unfriede, Unordnung und Ungemüthlichkeit in seinem Hause fand und vor dem Weibe, welches das Schicksal mit ihm verknüpft hatte, alle Achtung verlor, alle Zuneigung verschwinden fühlte, sank er von

Stufe zu Stufe und verfiel endlich dem Trunke. Die Verantwortung für seinen Fall, dem sich nun einmal nicht mehr abhelfen läßt, trägt Apollonia. Aber mit den Kindern des Paares ist's anders. Die müssen gerettet werden.“

„Entschieden, unbedingt!“ warf Frau Joanna ein. „Wohlan, verehrte Frau, unsere auf der Nachprüfung basirte „Gründung“ kann jetzt ihre Feuerprobe bestehen. Es handelt sich zunächst darum, die Kinder von der traurigen Obhut ihrer Eltern zu befreien. Die Schwierigkeit liegt nur darin, ob diese darauf eingehen.“

„Was Apollonia betrifft“, entgegnete die Wirthin, „so bin ich sicher, daß sie sich die Kinder gern vom Halse nehmen läßt. Bilden sie doch nur eine Last für sie und durch den Einwurf ihrer Armut, ihres Unglücks, und ihrer Sorge um das Seelenheil der Kinder wird sie ihr Vergehen vor den Menschen gewiß auch ferner zu rechtfertigen wissen.“

„Ich glaube dies ebenfalls. Sie, verehrteste Frau, werden wohl so freundlich sein, die Aufgabe zu übernehmen, der Dame vorzustellen, daß sie wenigstens dieses Mal ihre Mutterpflichten erfüllen und auf unseren Wunsch eingehen möge.“

„Ich werde das thun und bin unseres Erfolges gewiß. Doch was wollen wir mit den Kindern beginnen.“

„Die beiden älteren Knaben nehme ich auf mich — ich werde sie in die Schule schicken und jeden nach seinen Fähigkeiten ausbilden lassen. Madame Rumianska übernimmt das jüngste Kind und die noch zurückbleibenden Mädchen werde ich in irgend einem Lehrinstitut unterbringen. Ich muß Ihnen offen gestehen, daß es im Grunde meinen national-ökonomischen Anschauungen entschieden widerspricht, in solcher Weise die Eltern von der Last ihrer Kinder zu befreien und die Sorge für dieselben ihnen abzunehmen. Hier aber haben wir eine sehr traurige Ausnahme. Es ist unmöglich, dem Mann Apollonias eine Energie einzupflanzen, die er nie besaß, zumal er die Frau betrifft — man gebe ihn. Und was die Frau betrifft — man kann das Raubthier, welches dem Menschen den Krieg erklärt, zähmen und bis zu einem gewissen Grade auch veredeln — aber die giftigstehende Schlange bleibt immer Schlange: sie entschlüpft jeder Umarmung und beißt heimlich in dieselbe Hand, welche sie eben noch streichelte. Sollen aber die armen, unschuldigen Kinder, weil der Vater ein Trunkenbold und die Mutter eine nichts-

nützige Heuchlerin ist, dem Untergange preisgegeben werden? Mir scheint, daß dem nicht so sein darf, ja ich bin davon überzeugt, und durchdrungen von dieser Ueberzeugung werde ich mich bemühen, einige vom Untergange bedrohte Wesen für die menschliche Gesellschaft zu retten.“

„Sie haben Recht“, erwiderte Frau Joanna, „wenn Sie die Principien der Nationalökonomie in diesem Falle verwerfen und sich nur von den Grundgeden christlicher Barmherzigkeit leiten lassen.“ Und nach einigen Nachdenken fügte sie hinzu: „Ich gedenke das älteste Mädchen zu mir zu nehmen, damit meine arme kleine Anicia eine Gesellschafterin hat. Das arme Ding fühlt sich bei mir zu einsam, Sie bedarf einer gleichalterigen Gesellschafterin.“

Edward lächelte etwas sonderbar: „Ich glaube, daß Anicia nicht lange mehr bei Ihnen bleiben wird.“

„Wieso?“ unterbrach ihn Frau Joanna, „beharren Sie bei der Ansicht, daß ihr Vater —“

„Ich bleibe bei meiner Ansicht, gnädige Frau; sobald der Vater alles erfährt, wird er dem verlassenen Kinde das väterliche Dach, Namen, Vermögen und was das Wichtigste, ein Vaterherz, jedenfalls zurückgeben.“

„Ich glaube bisher, daß solche Leute im Gegentheil gerade alles zu vermeiden suchen, was sie in den Zerkürungen und Vergnügungen des Lebens stören könnte.“

„Derartige Leute, gnädige Frau“, wiederholte Edward, „sind meist, wenn sie in ein gewisses Alter kommen, von Vergnügungen und Genüssen völlig überfüllt und sehnen sich dann nach einem gefunden Ziel ihrer Existenz — in einer solchen Lebensphase befindet auch er sich jetzt.“

„Möglich“, erwiderte Frau Joanna, „es giebt ja Menschen, in deren Herzen ganz unendliche Schätze von Güte und Ehrenhaftigkeit verborgen liegen, nur bedeckt von einer dicken Kruste ungesunder Lebensauswüchse. Und manchmal kommt auch die Zeit, wo irgend eine glückliche Fügung den Staub, der in ihr Herz drang, fortweht und alles, was tief verborgen liegt, wieder erwacht und diese Menschen zu Gedanken und Handlungen treibt, die sie früher leichfertiger von sich abweisen. Gebe Gott, daß dies auch hier so sei. Meine Anicia würde in diesem Fall einer glänzenden Zukunft entgegengehen.“

Beide schwiegen und schienen einige Zeit nachzudenken. Edward unterbrach das Schweigen zuerst.

„Durch eine eigenthümliche Fügung der Ereignisse und ohne meinen Willen vereinen sich in meiner Hand gegenwärtig die Fäden mehrerer traurigen Geheimnisse. Niemanden interessieren die Angelegenheiten Fremder wohl weniger als mich. Dennoch scheint es, als ob das Schicksal mich dazu erwählt hätte, im gegebenen Momente sowohl drei niederträchtige Handlungen aufzudecken, wie auch drei prächtiger erheuchelte Tugenden von ihrem Piedestal zu schleudern und in ihrer ganzen Tugendhaftigkeit zu entlarven. Wissen Sie auch, gnädige Frau, daß die Aleinodien, welche Sie mir jüngst übergaben, jetzt einen jener geheimnißvollen Fäden bilden, einen Faden, an welchem, verschleiert von dem Mantel erlogener Tugend, ein großes moralisches Elend zittert?“

„Wie ist es möglich!“ rief Frau Joanna. „Sie sagten mir doch, daß Sie die Schmuckstücke einem der hiesigen Juweliere verkauft haben?“

„In der That, so war es auch, aber ganz zufällig erfuhr ich, wer sie ankaufte und dann sah ich sie bei jemandem wieder, der sehr erröthete, sich widersprach und in Lügen verwickelte, als ich nach ihrer Herkunft fragte. Aus diesen und anderen Vorkommnissen erkannte ich eine ganze Reihe schimpflicher Handlungen und ein verdorbenes, elendes Herz, welches die Leute aber voll von den edelsten Tugenden glauben. Ich weiß wohl“, fuhr er nach einer Pause fort, „daß die zufällige Entdeckung eines Geheimnisses einem Manne von Ehre heilig sein sollte. Aber auch hier giebt es Ausnahmen. Ich erhebe durchaus nicht den Anspruch, die Don Quixote-Rolle eines Vertheidigers der bedrückten Unschuld zu spielen; ich habe mich nie damit befaßt. Aber ich kenne ein reichendes Wesen, rein wie Crystall, wahrhaft und edel wie die Unschuld, und die elenden Menschen, deren Geheimnisse ich in Händen habe, wollen dieses Wesen in die Finsterniß stoßen, sie wollen es moralisch zerreißen, schänden, seine Zukunft vernichten. Nur darum freut mich die Gewißheit, daß ich jenen Scheinheiligen einst wie eine Nemesis entgegentreten und sie zu den Füßen derjenigen niederziehen kann, welche sie jetzt beschimpfen.“

Bei den letzten Worten umdüsterte sich seine Stirn und in seinen Augen blitzte es. Er stand rasch auf, als befürchte er, noch mehr zu sagen, und verabschiedete sich von der Hausherrin.

(Fortsetzung folgt.)

im Laufe der Zeit erforderlich sein werden, ergibt sich daraus, daß allein bei der thüringischen Versicherungsanstalt in Weimar, welche jeben den Bau eines eigenen Geschäftshauses beschlossen hat, die Zahl der aufzubewahrenden Quittungskarten innerhalb 30 Jahren sich auf circa 10 1/2 Millionen stellen wird. Dazu werden ungefähr 90 000 handliche Kästen erforderlich sein, die, in circa zwei Meter hohen Regalen aufgestellt, unter Zurechnung des Platzes für die Zugänge ein durch vier Regal-Etagen gehendes Gebäude von circa 380 Quadratmeter Grundfläche benötigen werden. Bei den anderen Versicherungsanstalten werden die Verhältnisse nicht günstiger liegen.

* [Die subventionirte Postdampfschiffahrt des Norddeutschen Lloyd nach Ostasien und Australien.] Die subventionirte Postdampfschiffahrt des Norddeutschen Lloyd nach Ostasien und Australien bildet in dem Jahresbericht dieser Gesellschaft einen traurigeren Posten als je. Ver-

im Betriebe	1 496 085 M.
gefehmäßige Abschreibung	1 266 000 M.
	2 762 085 M.
dazu die Reichssubvention	4 400 000 M.
	7 162 085 M.

Im vorigen Jahre betrug der Betriebsverlust 265 959 M., die Abschreibung 1 228 000 M., zusammen 1 493 959 M. Die Abrechnung hat sich also, anstatt sich zu bessern, um 1 270 000 M. verschlechtert. Die unmittelbare Veranlassung der Verschlechterung bilden die gestiegenen Mannschafslöhne und Kohlenpreise, die gewachsenen Frachten, die Arbeiterwirren im australischen Hafenbetriebe, also mit Ausnahme des letztgenannten lauter Umstände, die voraussichtlich andauern werden. Es ist, bemerkt dazu die „Post, Ztg.“, überraschend, wie große Summen diese subventionirten Linien dem Norddeutschen Lloyd schon gekostet haben:

Betriebsgewinn	Betriebsverlust	Abschreibung laut Geseh für Abnutzung
1886 6 Monate 68 965 M.	—	323 000 M.
1887	744 361 M.	1 009 000 M.
1888	59 736 M.	1 056 000 M.
1889	265 959 M.	1 228 000 M.
1890	1 496 085 M.	1 266 000 M.
	68 965 M.	2 566 141 M.
		4 782 000 M.

Demnach beträgt der Verlust der Gesellschaft 7 279 000 Mark. Außerdem hat das Reich für 1/2 Jahre die Subvention von 4,4 Mill. Mark jährlich, zusammen also 19 800 000 M. gezahlt. — Alles in allem sind demnach an den Reichs-postdampferlinien in diesen vier und einhalb Jahren 27 079 000 Mark verloren worden! Das ist ein Ergebnis, angefaßt dessen Muth dazu gehört, um sagen zu mögen, daß die mittelbaren Gewinne die unmittelbaren Verluste aufgewogen hätten. Die Tendenz der Abrechnungen ist sichtlich nicht zum Besseren, sondern zum Schlimmeren. Mit der Hoffnung, daß nach einigen Jahren hoffpeltiger Lehrzeit ein Zeitraum des Gewinnes eintreten werde, während dessen man auch die ersten Verluste wieder einbringen könnte, ist es also sehr schwach bestellt.

An der Ausfuhr des Jahres 1890, welche sich insgesamt auf 19,6 Mill. Mk. bewerteth, sind durch den Verlust der Dampferlinien nicht weniger als 7,1 Mill. Mk. Opfer gebracht, was beinahe 36 Proc. der Gesamtausfuhr beträgt. Etwas kräftiger entwickelt sich die Einfuhr, welche jedoch nicht so klarzulegen ist, weil die Einfuhr wenigstens von Japan nach Bremen sich nicht auf die Reichs-postdampfer beschränkt. Aber von Australien werden kaum andere Dampfer als die letzteren benützt, deshalb mag erwähnt sein, daß die Einfuhr dorthin von 7,4 Mill. im Jahre 1887 auf 7,7 Mill. im Jahre 1888, 10,3 im Jahre 1889 und 19,7 Mill. im Jahre 1890 gestiegen ist. Darunter befand sich im letzten Jahre allein für 15,8 Mill. Mk. Woll.

Ueber die Abrechnung der einzelnen subventionirten Linien macht der Norddeutsche Lloyd jetzt keine Mittheilungen mehr. Man weiß aber, daß die Samoa- und die Mittelmeerlinie verhältnißmäßig am verlustreichsten sind. Die Samoa-Linie hat gar keinen Zweck mehr. Sie dient hauptsächlich nur dazu, den Ladenbesitzern in Samoa den Bezug ihrer Bedarfsartikel aus Sydney zu erleichtern. Von Deutschland geht so gut wie gar nichts mehr nach dieser interessanten Inselgruppe. Bremen sandte 1890 nach allen Südseeinseln mit Ausnahme von Hawaii nur für 253 000 Mk. und Hamburg verschickte 1890 nach Samoa für 271 000 Mk. Rückfracht haben die Dampfer gar nicht, denn Samoa hat keinen anderen Ausfuhrartikel als getrockneten Cocosnüssen, und diesen können die Dampfer nicht nehmen, weil er so viel Ungeheuer (Akerlaken, Schwaben) mitbringt, daß die Dampfer zur Passagierbeförderung untauglich würden. So wenig zur Zeit auch in Neuguinea der Handel entwickelt sein mag, so sind die dortigen Ausfuhrarten immerhin viel besser, als die in Samoa; und wenn man die Linie nicht wirklich eingehen lassen will, so sollte man sie wenigstens nach dem zukunftsreicheren Lande richten.

Desterreich-Ungarn.

Wien, 15. April. Bei der Gemeinderathswahl im ersten Wahlkörper des Bezirks Hernals wurde der antisemitische Candidat mit 57 Stimmen gewählt, auf den Candidaten der Liberalen fielen 56 Stimmen. In Folge eines bei dem ersten Scrutinium vorgekommenen Fehlers war der Sieg des liberalen Candidaten verkündet worden, was tumultuarische Auftritte hervorrief, die indeß bald beigelegt wurden. Mit der heutigen Sitzung sind die Wahlen zum Gemeinderath beendet, der künftige Gemeinderath besteht demzufolge aus 96 Liberalen und 42 Antisemiten.

Prag, 15. April. Einer Mittheilung des Ausstellungscomités zufolge wird der Erzherzog Karl Ludwig am 15. Mai die hiesige Ausstellung eröffnen. Der Kaiser Franz Josef hat den Besuch der Ausstellung ebenfalls zugesagt, doch ist der Zeitpunkt des Besuchs noch nicht bestimmt. (M. Z.)

Italien.

Rom, 15. April. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Washington, der Präsident Harrison habe, bevor er die auf 6 Wochen bemessene Reise nach dem Süden angetreten, der italienischen Gesandtschaft durch den Staatssecretär Blaine ein umfangreiches Schriftstück überreichen lassen, in welchem in eingehendster Weise die juristische Lage beleuchtet werde, die durch den Zwischenfall in New-Orleans geschaffen sei. (M. Z.)

Serbien.

Belgrad, 15. April. Wie verlautet, wird in Regierungskreisen an der bestimmten Absicht festgehalten, den Beschluß der Skupschina, welcher die Königin Natalie auffordert, das Land zu verlassen, auszuführen. Officiell ist der gedachte Beschluß der Königin noch nicht mitgetheilt worden.

Rußland.

* [Die Heirath des Großfürsten Michael Michaelowitsch.] Man schreibt der „P. C.“ aus Petersburg, 11. April: Die durch kaiserlichen Tagesbefehl erfolgte Ausschließung des dreißigjährigen Großfürsten Michael Michaelowitsch aus der russischen Armee bildet selbstverständlich in allen Kreisen Petersburgs den vorherrschenden Gesprächsstoff. Es wird allgemein lebhaft bedauert, daß der Zar, der schon manche peinliche Vorgänge innerhalb des kaiserlichen Hauses erleben mußte, nun neuerdings eine ihn sehr erzürnende Unannehmlichkeit durch ein Mitglied seiner Familie erfährt. Glücklicherweise ist es kein Fall, der an sich schon allgemein unliebsames Aufsehen erregen müßte; Thatsache ist aber, daß Großfürst Michael Michaelowitsch sich durch seine Verehelichung mit Gräfin Merenberg über die vom Kaiser im Jahre 1886 festgestellte „Familienordnung“ hinweggesetzt hat, was unzweifelhaft eine persönliche Beleidigung des Zars in sich schließt. Die Herzensangelegenheiten des genannten Großfürsten gaben schon einmal dem Kaiser zu schaffen. Seit Jahren sprach man in der Petersburger Gesellschaft über die Absicht dieses Großfürsten, sich mit der jungen, hübschen und feingebildeten Comtesse Ignatiow, einer der Töchter des bekannten Diplomaten, zu verehelichen. Der Kaiser, an welchen sich der Großfürst selbstverständlich zunächst wendete, soll nach einer Version unter gewissen Voraussetzungen geneigt gewesen sein, diese Verbindung zu gestatten. Die Mutter des Großfürsten, Großfürstin Olga Feodorowna, war jedoch entschieden gegen diese Ehe. Andererseits wollte Gräfin Ignatiow in das Project nur unter der Bedingung willigen, wenn ihrer Tochter Rang und Würde einer Großfürstin verliehen würde. Großfürstin Olga Feodorowna soll veranlaßt haben, daß die Comtesse Ignatiow vor einigen Jahren einen ganzen Winter von der Hauptstadt ferngehalten wurde, indem sie hoffte, ihren Sohn dadurch von der jungen Comtesse abzuhalten. Dies gelang indeß nicht und, wie man behauptet, hätte der Großfürst der Comtesse feierlich die Ehe zugesagt. Anlässlich einer seither unternommenen Reise im Auslande machte er nun die Bekanntheit der bildschönen Comtesse v. Merenberg, Tochter des Prinzen Nicolaus von Nassau aus seiner morganatischen Ehe mit der geschiedenen Generalin Dubel; (einmaligen Chefs der dritten Abteilung). Der Großfürst entbrannte in heftiger Liebe zu der jungen Dame und hat sich mit derselben, nachdem seine Beziehungen zu ihr eine Zeit lang angebauert hatten, vor ungefähr vierzehn Tagen in Florenz von einem griechisch-katholischen Popen trauen lassen. Der Kaiser erfuhr die vollzogene Thatsache erst letzten Sonntag, und zwar durch die Großfürstin Olga Feodorowna, welche von ihrer in Cannes weilenden Tochter Anastasia Michaelowna, Großherzogin von Meklenburg-Schwerin, die diesbezügliche Mittheilung erhalten hatte. Der Zar soll durch die Nachricht in den lebhaftesten Unwillen verfezt worden sein, welcher alsbald in der außerordentlich strengen Maßregel der Ausschließung des Großfürsten aus der Armee Ausdruck gefunden hat.

Die amtliche „Aarstr. Ztg.“ bezeichnet die Nachricht, daß die verstorbene Großfürstin Olga vom Zaren zum Verlassen der Residenz in strafender Weise bewogen worden sei, als böswillige Erfindung. Die Großfürstin sei vielmehr selbst auf das Schmerzlichste berührt gewesen durch das Aindespächten in keiner Weise entsprechende Verhalten ihres Sohnes, Großfürsten Michael.

* Nach einer Petersburger Meldung soll den jüdischen Handwekern in Rußland das ihnen 1865 gewährte Niederlassungsrecht entzogen werden, so daß sie innerhalb der der jüdischen Bevölkerung zugehörigen Grenzen wohnen müssen. Zu der hiernach erforderlichen Aenderung des Wohnsitzes wird den Juden, welche Grundbesitz haben, eine zweijährige, den übrigen eine einjährige Gnadenfrist bewilligt.

* [Centennarfeier in Polen.] Am 3. Mai feiern die Polen Centennarfeier der polnischen Verfassung. Dem in Lemberg erscheinenden „Dziennik Polski“ wird aus Warschau gemeldet, daß in Rußland-Polen von polenfeindlicher Seite Proclamationen aufzutrübenden Inhalts vertheilt werden. Advokaten, Kaufleute und Studenten erhalten per Stadtpost die Aufforderung, den dritten Mai als Centennar- und Gedenktag der Mai-Constitution durch „patriotische Kundgebungen“ zu begehen. Es sollen bereits in den letzten Tagen in Warschau zahlreiche Verhaftungen und Hausdurchsuchungen stattgefunden haben. Wie allen über Lemberg zu uns gelangenden polnischen Nachrichten, wird man auch dieser Meldung mit einem gewissen Mißtrauen begegnen müssen.

Coloniales.

* [Simbodscha von Usambara.] Im „Deutsch. Wochenbl.“ veröffentlicht der Afrikareisende Dr. Oscar Baumann eine Schilderung des Treibens des Usambara-Häuptlings Simbodscha, welche das Bild, welches Dr. Hans Meyer von diesem Häuptling gegeben hat, ergänzt. Simbodscha wird als Usurpator hingestellt, der von Diebstählen und Raubzügen lebt und bei seinen Unterthanen verhaßt ist. Bemerkenswerth ist in diesen Ausführungen ein Angriff gegen das deutsche Reichscommissariat, welches diesen Usurpator mit Reichthümern und Ehren überhäuft habe.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 16. April. Das Abgeordnetenhaus beendigte heute die zweite Lesung der Landgemeindeförderung und nahm die rückstehenden Paragraphen meist nach der Commissionsfassung mit nur unbedeutlichen, wesentlich redactionellen Abänderungen an.

Zunächst beschäftigt sich das Haus mit dem § 126 ff. Bildung von Zweckverbänden. Die Conservativen und der Minister Herrfurth wollen an dem Compromiß nicht rühren.

Abg. v. Huene (Centr.) zieht seinen Antrag, für die Schulverbände eine besondere gesetzliche Regelung vorzubehalten, auf die Erklärung Herrfurths, der sich materiell mit dem Antrage einverstanden erklärt, zurück, und wird ihn in dritter Lesung an anderer Stelle einbringen.

Abg. Sombart (nat.-lib.) bedauert den Compromiß betreffs der Zweckverbände und spricht sich für Gesammt-

gemeinden aus, für welche schon Frhr. v. Stein gewesen sei.

Abg. Ricker: Wir haben die Vorlage mit Freuden begrüßt und arbeiten gern an ihrem Zustandekommen mit. Gleichwohl wird in einem Theil der Presse, so in einem neuerlichen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, unsere Stellung so charakterisirt, als ob wir das Zustandekommen des Gesehes vereiteln wollten. Ich erwähne dies nur, um der Regierung Gelegenheit zu geben, die weitverbreitete Meinung zu widerlegen, als ob es dem Blatte gelungen sei, wieder dieselbe Stellung einzunehmen, wie unter dem Fürsten Bismarck. Nach den Erklärungen des jetzigen Herrn Reichshanzlers ist dies allerdings nicht anzunehmen. Ich erkläre als positive Unwahrheit die Behauptung des Blattes, daß wir dies Geseh verhindern wollten. Gleichgiltig ist mir diese Behauptung allerdings und wäre es auch, wenn das Blatt seine frühere Stellung wiedergewonnen hätte. Ich würde das nur um der Regierung willen bedauern. Wir werden alles thun, um das Geseh so schnell als möglich zu Stande zu bringen. Unsere Hoffnungen sind freilich durch die Verhandlungen hier im Hause stark herabgestimmt worden, so daß wir mit Erwartung nach der anderen Seite der Leipzigerstraße blicken in der Hoffnung, daß man dort das Zustandekommen des Gesehes will. Wir sind deshalb auch dafür, die dritte Lesung der Vorlage sobald als möglich vorzunehmen.

Minister Herrfurth: Gegenüber der Provocation des Herrn Ricker nehme ich keinen Anstand zu erklären, daß mir die Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ gänzlich fremd sind und daß keinerlei Beziehungen zwischen mir und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bestehen. (Bravo links.)

Nachdem die zweite Berathung beendet war, fand eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber statt, wann die dritte Lesung beginnen solle. Der Präsident wollte sie auf Montag ansetzen und morgen die Rentengütervorlage zur Berathung bringen. Ersterer Vorschlag fand nur bei den Conservativen Widerspruch, letzterer allgemeinen. Abg. v. Rauchhaupt (cons.) verlangte, daß wenn die Regierung Werth darauf lege, das Geseh mit der conservativen Partei zu machen, sie ihr Zeit lassen müsse zur Verständigung unter sich und mit anderen Fractionen; er wüßte, daß frühestens nächsten Donnerstag mit der dritten Berathung begonnen werde. Scharf erwiderte der Abg. v. Huene, daß die Regierung nicht mit einer Partei ein Geseh machen könne, sondern nur mit dem Hause der Abgeordneten. Minister Herrfurth trat dieser Auffassung bei und bat, mit Rücksicht auf das Herrenhaus, schon Montag die dritte Berathung vorzunehmen. Abg. v. Rauchhaupt erklärte, mißverstanden zu sein, und wollte nur verlangt haben, daß den Conservativen Zeit zur Vorbereitung gelassen werde, um erfolgreich an der Berathung Theil zu nehmen. Der Präsident machte nunmehr den Vorschlag, morgen und Sonnabend keine Sitzung abzuhalten, den Fractionen somit genügend Zeit zur Vorbereitung zu lassen und Montag, 11 Uhr, in die dritte Berathung der Landgemeindeförderung einzutreten. Damit war das Haus einverstanden.

Reichstag.

Berlin, 16. April. Der Reichstag erledigte heute vom Arbeiterschutzgesetz die Bestimmungen über Ainderarbeit und jugendliche Arbeiter nach den Commissionsvorschlägen, und begann dann mit der Berathung des socialdemokratischen Antrages auf Einführung eines Maximalarbeitstages zunächst von 10 Stunden, vom 1. Januar 1894 ab von 9 Stunden, vom 1. Januar 1898 ab von 8 Stunden. Hierüber hörte das Haus eine Rede des socialistischen Abgeordneten Grillenberger an und verlegte sich dann zu morgen.

§ 135 setzt fest, daß Kinder unter 13 Jahren in Fabriken gar nicht, solche über 13 Jahren erst nach der Entlassung aus dem Volksschulunterricht, und zwar bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, täglich nicht länger als 6 Stunden, von da bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres nicht länger als 10 Stunden beschäftigt werden dürfen. Auer (soc.) und Genossen beantragen, die Beschäftigung von Kindern bis zu 14 Jahren zu verbieten und die Maximal-Arbeitszeit von 10 Stunden auf jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren auszudehnen. Für diesen Antrag traten auch Namens der Freisinnigen die Abgg. Wölmer und Mag. Hirsch ein.

Abg. Hirsch sagt u. a.: Es ist hier immer von socialdemokratischen Anträgen die Rede. Man scheint aber zu vergessen, daß es sich hier um alte Forderungen der Freisinnigen und der Fortschrittspartei handelt, die wir bloß, um eine Duplicität zu vermeiden, diesmal nicht auch eingebracht haben. Es sind Forderungen der Humanität. Es handelt sich um die Pflicht des Staates, die Schwachen und Unmündigen zu schützen.

Es werden darauf lediglich die Commissionsvorschläge angenommen, ebenso bezüglich der jugendlichen Arbeiter.

Berlin, 16. April. Es wird immer wahrscheinlicher, daß das Herrenhaus die Einkommensteuer nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses en bloc annehmen wird.

Ueber die Zuckersteuer ist zwischen der Regierung und den Carieelparteien noch keine Verständigung erzielt. Es wird weiter verhandelt. Die Regierung besteht noch auf 18 Mark Verbrauchssteuer und kürzere Prämiendauer.

Berlin, 16. April. Der Bundesrath überwies in seiner heutigen Plenarsitzung dem Ausschusse für Rechnungswesen die Gesehentwürfe wegen des Nachtrages zum Reichsetat für 1891/92 (darunter für Kamerun), sowie wegen der Aufnahme einer Anleihe für die Verwaltungen des Reichsheeres, der Post und Telegraphen.

— Betreffs der Noth einer hiesigen Zeitung, Beamte der Geheimpolizei hätten den Auftrag gehabt, innerhalb der Börse über die Hauffe-

geschäfte in Getreide zwecks Preissteigerung Erkundigungen einzuziehen, heißt es in dem Protokoll über die gestrige Sitzung des Aeltesten-Collegiums, letzterem sei von einer derartigen Maßregel, von der es hätte erfahren müssen, nichts bekannt geworden. Gänzlich unbegründet sei auch das Gerücht, das Aeltesten-Collegium sei officiell aufgefordert worden, der Errichtung eines kaufmännischen Ehrenrathes näher zu treten, welcher Unwürdige von der Börse auszuschließen hätte.

— Das „Deutsche Colonialblatt“ veröffentlicht organisatorische Bestimmungen für die kaiserl. Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika, sowie eine Verordnung betreffend die Erhebung einer Firmenabgabe in Togo, wonach jede dort ansässige Firma mit 800 Mk., etwaige Filialen mit 400 Mk. jährlich besteuert werden.

— Eine ministerielle Verfügung an die Berliner Rennvereine gestattete den Totalisator für die Bahnen in Hoppegarten, Charlottenburg und Westend an einer bestimmten Anzahl von Tagen, für die Trabrennvereine in Weissensee ist der Totalisator dauernd verboten.

— Mag es Abfahrt oder Zufall sein, die „Hamburger Nachr.“, Fürst Bismarcks Organ, bringen heute unmittelbar nach dem ersten Wahlgang im 19. hannoverschen Wahlkreise einen neuen Artikel gegen den Handelsvertrag mit Oesterreich. Nach einer ziemlich überflüssigen Erörterung über die Unstatthaftigkeit einer provisorischen Inkraftsetzung des Vertrages ohne Zustimmung des Reichstages — woran niemand denkt — sagen die „Hamb. Nachr.“: „Wir halten die Eventualität, daß im Falle des Handelsvertrages mit Oesterreich zu einer vorzeitigen Inkraftsetzung der ungenehmigten Tarifänderungen geschritten werden könnte, deutscherseits für ausgeschlossen, zweckmäßig aber erscheint es uns, in Wien zum Bewußtsein zu bringen, daß die Abmachungen der deutschen Unterhändler den Reichstag in keiner Weise binden, sondern daß der Reichstag nach jeder Richtung hin freier Herr seiner Entschlüsse ist.“ — Die „National-Zeitung“ sagt dazu: „Ohne Zweifel; aber wir halten es für sicher, daß der Reichstag den Vertrag genehmigen wird.“

Potsdam, 16. April. Der Kaiser traf heute Morgens 9 Uhr zur Compagnie-Vorstellung des 1. Garde-Regiments im Lustgarten ein, welcher die directen Vorgesetzten, viele Generale und fremdländische Offiziere bewohnten. Hierauf frühstückte der Kaiser im Regimentshause des 1. Garde-Regiments.

Gesehmünde, 16. April. Bis jetzt ist aus 88 Wahlbezirken das Resultat bekannt. Fürst Bismarck hat danach 6995, Abloff (frei), 2369, Plate (Welfe) 2927, Schmalfeld (soc.) 3853 St. erhalten. Es stehen nur noch einige Landbezirke aus. Stichwahl bleibt erforderlich.

London, 16. April. (Privattelegramm.) Zwischen den Schiffen „Clamorgan“ und dem von Newyork zurückkehrenden „Caland“ fand ein Zusammenstoß statt. Ersteres ist gesunken, der „Caland“ lief in Dover beschädigt ein. Passagiere und Mannschaften sind gerettet.

Brüssel, 16. April. „Chronique“ meldet die Bildung eines Syndicats der Kohlengrubenbesitzer zur Abwehr unredlicher Forderungen der Arbeiter.

Sofia, 16. April. (Privattelegramm.) Der Ministerpräsident Stambulow erklärte dem serbischen Agenten, Bulgarien treffe absolut keine militärischen Vorbereitungen und verstärke nur einzelne Grenzposten, um Ansammlungen bulgarischer Emigranten zu verhüten.

Washington, 16. April. Der Staatssecretär des Aeußern Blaine erklärte in der Beantwortung der von dem italienischen Geschäftsträger überreichten Note: Die Vereinigten Staaten würden jeden italienischen Unterthanen schadlos halten, der durch eine Verletzung des mit Italien abgeschlossenen Vertrages geschädigt worden. Zunächst handele es sich indeß um die Frage, ob der Vertrag verletzt sei oder nicht. Der Generalprocurator habe die Untersuchung über die Ermordungen in New-Orleans angeordnet. Sollte sich herausstellen, daß nach dem in den Vereinigten Staaten geltenden Geseh die gerichtliche Verfolgung aufrecht erhalten werden könne, so würde der Fall der nächsten großen Jury unterbreitet werden; wenn man aber finden sollte, daß die gerichtliche Verfolgung nur durch die Gerichte von Louisiana stattfinden könnte, so würde der Präsident den Staatsbeamten nur dringend rathe können, die Schuldigen vor Gericht zu stellen. Es werde die Pflicht der Vereinigten Staaten sein, zu erwägen, ob eine andere Abhilfe möglich sei.

Rio de Janeiro, 16. April. Die Bankiers-Commission zum Studium der Finanzlage des Landes hält eine Handelskrise für unwahrscheinlich und rath der Regierung, bei ihrer bisherigen, für die nationale Industrie günstigen Handelspolitik zu verharren.

Danzig, 17. April.

* [Landwirthschaftliches.] Dem Situationsbericht der heutigen Nummer der „Westpreuß. Landw. Mitth.“ (bekanntlich Organ des Centralvereins westpreussischer Landwirthe) entnehmen wir Nachstehendes. Nachdem nunmehr der schnell erwartete Regen eingetreten ist, werden die nächsten Tage schon sichere Auskunft darüber geben, ein wie großer Theil der Winterungsfelder definitiv verloren, also ungenügend ist und wie weit es lohnend erscheint, diese zu conserviren. — Während des laufenden Jahres kommen in Westpreußen zwei Staatsdomänen zur Verpachtung, das im Kreise Dirschau gelegene und wegen seiner Stammschäferwelt über die Grenzen der Provinz bekannte Do-

